

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 210 (1937)
Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltchronik.

(Vom 1. Juli 1935 bis 30. Juni 1936.)

Der Kalenderschreiber überschaut das vergangene Jahr mit Unmut und blickt mit Bangen ins kommende; was ihn am meisten beunruhigt, das ist das Versagen des **Völkerbundes** in einer Angelegenheit, die für ihn zu einem wahren Weltgericht wurde; es ist ihm nicht gelungen, einen Krieg zu verhindern, und ebensowenig, den Krieg abzustoppen, nachdem er einmal ausgebrochen war; Kriege unmöglich zu machen, war aber just der Zweck des „Bundes der Nationen“, und eben deshalb hatten die Völker aller Weltteile ihr Vertrauen auf ihn gesetzt.

Italien hat sich ins abessinische Abenteuer gestürzt. Noch im August des vergangenen Jahres glaubte niemand recht, daß Mussolini den Feldzug wagen würde. Zwar wurden ununterbrochen Truppen und Material nach Ostafrika geschafft, aber die friedliebende Welt dachte, das alles diene nur dazu, vom Regus einen vorteilhaften Vertrag zu erpressen und auch Englands Zustimmung für neue Abmachungen zu gewinnen. Selbst als die ersten Italiener aus Erythrea über die Grenze zogen, dachte man nicht an das Letzte. Im September jedoch wurde offenbar, daß die römische Regierung Ernst mache. Mit einer faschistischen Generalmobilmachung wurde der Wille Italiens, die Aktion zu wagen, demonstriert. Die erste Schlacht brachte die Eroberung von Udua; damit war die Schlappe von 1896 wettgemacht. Lange blieben die vier Armeekorps auf der Linie Udua-Aksum stehen. Im November stießen sie auf

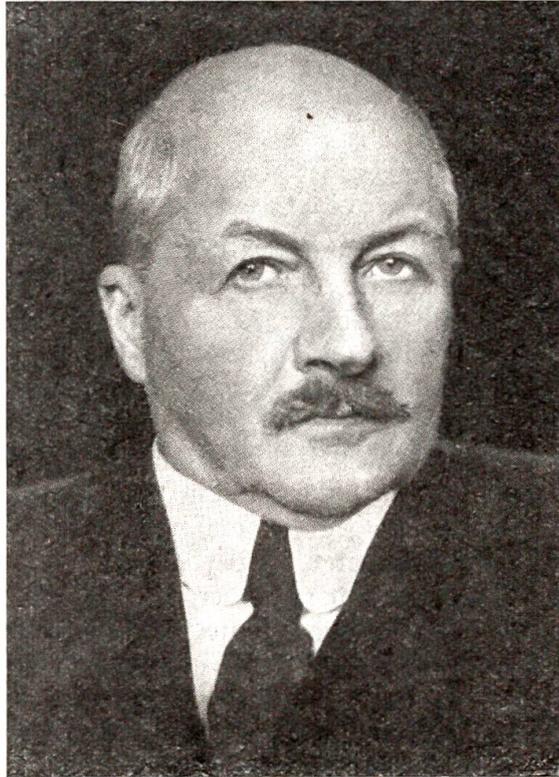
Makalle vor. Dann folgte wieder eine sehr lange Pause. Der an Stelle De Bonos zum Oberkommandierenden berufene Marschall Badoglio verlangte Verstärkungen und brachte den Armeebestand auf mehr als eine Viertelmillion Mann, nicht eingerechnet die Tausende von Straßenarbeitern. Besonderer Wert wurde auf die Luftwaffe gelegt. Es ist nie mit Sicherheit bekannt geworden, wie viele leichte und schwere

Flugzeuge eigentlich eingesetzt wurden. Neben der Flugwaffe spielte die Organisation des Nachschubes die größte Rolle. Badoglio faßte seine Aufgabe als einen „Krieg der Ingenieure“ auf, die den wichtigsten Feind, das unwegsame Gelände, zu besiegen hatten.

Mitte Januar machte es den Anschein, als stehe es um Badoglios Nordarmee schlimm. Die abessinischen Unterführer lieferten im Schire und im Tembien gefährliche Gefechte und planten ganz offenbar, die Verbindungen zwischen Udua und Makalle zu unterbrechen. Auch an der Südfront, wo der General Graziani kommandierte, blieb es bei der italienischen Eroberung des Postens von Gorrahei, und niemand wußte, wie

stark die Stellungen der Abessinier südlich von Harrar und bei Dolo an der Grenze von Britisch Kenja seien.

Im Januar zweifelte niemand daran, daß Italien in ernstlicher Gefahr schwebte. Die Untätigkeit der Armee während der regenlosen Zeit kam sogar dem britischen Generalstab verdächtig vor. Dazu kam die Aktion des Völkerbundes, der in Genf Sanktionen beschloss und es auch zustande gebracht, daß die meisten Mitgliedsstaaten die italienische Ausfuhr boykottierten, die



Bundespräsident Dr. Meyer.
Photopreß, Zürich.

Finanzsperrre durchführten und die Einfuhr nach Italien verhinderten. Aus den Verhandlungen, die zwischen Rom, Paris und London schwebten, wurde man nicht klug. Frankreich, unter Führung seines Ministerpräsidenten Laval, wußte zwar alles zu tun, um den Sanktionsbeschluß zu verschleppen, aber es kam doch so weit, daß es mit Großbritannien ein Abkommen traf und seine Mittelmeerhäfen der englischen Flotte öffnete für den Fall eines italienischen Angriffes auf England. Auch die übrigen Mittelmeerstaaten stellten ihre Häfen den Engländern zur Verfügung; es sah ganz so aus, als sei die Regierung in London entschlossen, den Suezkanal zu blockieren und die Armee Badoglio auszuhungern.

Selbst die europäischen Verbündeten Italiens, vor allem Österreich, glaubten an die geschwächte italienische Stellung und hielten Ausschau nach andern Freunden; der österreichische Kanzler Schuschnigg reiste nach Prag, der Bizekanzler Starhemberg nach London und Paris, und man sprach schon von einer Annäherung zwischen den Staaten der Kleinen Entente und Wien.

Als vollends die Friedensvorschläge, die der französische Premier Laval und der britische Außenminister Sir Samuel Hoare ausgearbeitet hatten, mit dem Sturze Hoares endeten, da schien die Entschlossenheit der Engländer sicher, und in den Zeitungen hieß es, das Schicksal Italiens hänge nur noch vom Sturze seines Freundes Laval ab.

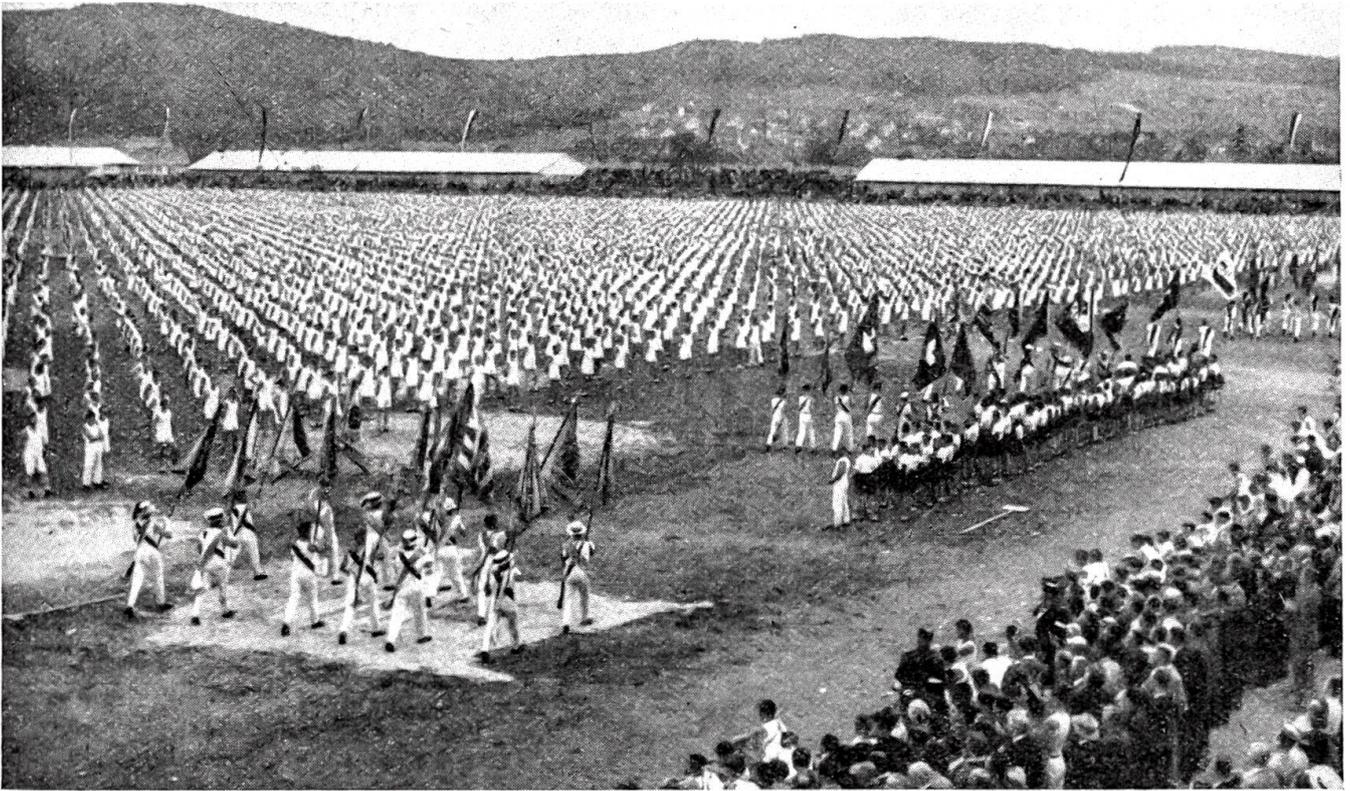
Da wendete sich das Blatt ganz überraschend. Marschall Badoglio ließ schon Ende Januar die Südarmerie unter Graziani bei Dolo vorstoßen; motorisierte Kolonnen drangen mehr als 300 km vor und setzten sich in Negelli fest; damit begann die Unterwerfung der Gallahauptlinge, die nie fest zu Abessinien gehalten. In der zweiten Februarhälfte begann die Serie der mörderischen Angriffsaktionen im Norden. Die Schlacht bei Makalle vernichtete die abessinische Armee des Ras Mulugeta und brach ein richtiges Loch nach Süden. Es erfolgte die Umfassung der Armeen Rassa und Seyum im Tembien und ihre fast völlige Vernichtung, dann ereilte das gleiche Schicksal auch die Gruppe des Ras Imru im Schire; die Korps, die westlich davon operierten, überschritten den Grenzfluß und trieben die Rase

Ayelu und Burru vor sich hin. Noch standen am Aschangisee und beim Amba Madjschi abessinische Truppen, und noch einmal versuchte die Garde des Negus einen Angriff und brach nochmals an der technischen Überlegenheit des Feindes zusammen.

Es erfolgte die Besetzung des Gebietes um den Tanasee, das als britisches Interessengebiet gilt, im Osten aber ging der Vormarsch auf der „Kaiserstraße“ unerhört rasch vor sich. Ende April flüchtete der Negus nach Dschibouti und erreichte über Jerusalem London; am 5. Mai besetzten die Italiener die Hauptstadt Addis-Abeba und machten den Plünderungen einer furchtbar demoralisierten Armee ein Ende. Nun brach auch der Widerstand der am besten organisierten und vorbereiteten Armeegruppe zusammen: der Ras Nassibu verließ mit seinen Unterführern und dem türkischen Berater General Wehib Pascha die Stellungen bei Harrar und Dschidschiga und ließ die Krieger sich unsichtbar machen.

Während dies geschah, berieten die verschiedenen Komitees, das der Dreizehn und das der Achtehn, über verschärfte Sanktionen und vor allem über die Petrolsperrre gegen Italien. Erst nach vollendeter Niederlage des Negus wurde das Verhandeln eingestellt. Damit der Völkerbund aber ja wisse, woran man mit Italien sei, proklamierte Mussolini ein Gesetz, wonach der italienische König in Zukunft nun auch Kaiser von Äthiopien sei; die bisherigen Kolonien Erythrea und Somaliland bilden mit den amharischen und den Gallaländern dieses neue Kaiserreich. Vorläufig hat kein einziger Staat den neuen Zustand anerkannt; in den westabessinischen Bergen hat sich eine Art nationale Regierung eingerichtet und bereitet wahrscheinlich einen Bandenkrieg gegen die Italiener vor, doch traut ihr in der Welt niemand zu, daß sie gegen Luftwaffe und Gas das Geringste auszurichten vermöge.

Die Art und Weise, wie der Völkerbund seine unglückliche Rettungsaktion zugunsten Abessiniens durchführte, zeigte klar den Grund seiner Schwäche: Er besitzt nicht die geringste Macht, hängt vielmehr vom guten Willen jener Staaten ab, welche die Macht besitzen und etwas für ihn tun wollen oder ein Interesse daran haben, daß der Völker-



Schweizerisches Turnfest in Winterthur 1936.

Photopress, Zürich.

bund handle. In der abessinischen Tragödie war das **Britische Weltreich** der Gegenspieler, auf dessen Antrieb in Genf die Staaten Maßnahmen gegen den Angreifer beschlossen. Großbritannien war es, das Italien als Angreifer und Brecher des Paktes verurteilen ließ. Das große Rätsel, warum es nicht mit allen Mitteln für wirksamere Sanktionen eintrat und seine Flotte nicht einsetzte, kann heute noch nicht erklärt werden. Man hört sagen, England habe Aufstände in seinen Kolonien gefürchtet; Italien sei überall mit Geld an der Arbeit gewesen.

Wahrscheinlich bestehen Zusammenhänge zwischen den britisch-italienischen Schwierigkeiten auf der einen und der Entwicklung in **Ägypten** auf der andern Seite. Während die britische Heimflotte sich im Mittelmeer aufhielt, Gibraltar und Malta in Verteidigungszustand gesetzt und mit den Mittelmeerstaaten über die Benützung anderer Häfen verhandelt wurde, brachen im Millande

Unruhen aus. Nach dem Tode des Königs Fuad eröffneten die „Wafdisten“ eine lebhaftere Kampagne zur Erringung der völligen Unabhängigkeit. In den Wahlen eroberten sie eine mehr als 90%ige Mehrheit und gebieten im Parlament und damit auch in der neuen Regierung ihres Führers Nahas Pascha, in dessen Händen der neue König Faruk wenig mehr als eine Figur bleibt, auch wenn er einmal erwachsen sein wird. Den Engländern ist die Kunst des Ausweichens eigen; sie haben sich der ägyptischen Nationalbewegung nicht widersetzt, soweit sie die Angelegenheiten des eigenen Landes neu ordnete, haben aber bis heute auch nichts preisgegeben, was sie an Machtstellungen in Händen haben. Die Wafdisten verlangen, daß die britischen Besatzungen nur noch die Zone des Suezkanals bewachen dürften. Es kann wohl sein, daß die Engländer den Ägyptern die Grenzwehr gegen Libyen hin selbst übertragen; im letzten Jahre be-

sorgten sie dies soweit als möglich selbst; es bestand Gefahr, daß von dort her die Italiener einbrachen und mit dem aufständischen „Wafd“ den Suezkanal bedrohten. Im Kriegsfall konnte England bis heute kein unabhängiges Ägypten brauchen.

Der Araberaufstand in **Palästina** gegen die jüdische Einwanderung wird ebenfalls mit geheimen Verbindungen zwischen den dortigen Nationalisten und Englandfeinden in Zusammenhang gebracht. Ein arabisches Streikkomitee hat das ganze wirtschaftliche Leben lahmgelegt. Banden von Plünderern verwüsten die jüdischen Ansiedlungen und brennen die Pflanzungen nieder. Die Forderungen lauten: Es dürfen keine neuen Juden ins Land kommen. England will nicht nachgeben, trotzdem die Aufständischen einen regelrechten Guerillakrieg gegen die Besatzungstruppen eröffnet haben und kein Auto und kein Eisenbahnzug mehr ohne militärischen Schutz durchs Land fahren kann.

Für die Engländer bedeutet Palästina mit dem Hafen Haifa heute eine wichtige militärische Station auf dem Wege nach Indien, und die Regierung denkt nicht daran, vor den Arabern zurückzuweichen. Sie weiß, daß ihr diese Festigkeit die Feindschaft sämtlicher **Araberstaaten** zu ziehen kann: Ibn Saud von Needsch und Hedschas, die Herrscher von Irak und Transjordanien, Jemen und Ägypten rücken einander immer näher und schließen Freundschaftsbündnisse, und die Fäden reichen über die arabische Welt hinaus nach **Indien** und machen die dortigen Mohammedaner unruhig. Während diese größte Kolonie des Britischen Reiches sonst ruhig war, verspürt sie heute schon die Rückwirkung des Palästinahandels und der britischen Niederlage in Abessinien. Der Satz: „England ist der Freund der farbigen Völker“ gilt nicht mehr. Es hat dem Negus nicht helfen können und opfert die Araber Palästinas den Juden und den eigenen Machtinteressen. So raunt es durch den nähern und fernern Orient.

Bei sich zu Hause verzeichnet England eine beneidenswerte wirtschaftliche Lage; Handel und Industrien blühen; die Finanzen sind gesund geblieben; der soziale Friede blieb gewahrt; das Volk in seinen sämtlichen Parteien denkt liberal

und pazifistisch, und zwischen den Konservativen und der Labour Party klaffen nicht die Abgründe wie anderswo. In der Frage der Völkerbundspolitik waren fast alle Schichten einig. Als die konservative Regierung den Wahlkampf mit der Parole „Für den Völkerbund, für die Rettung Abessiniens“ eröffnete, trug sie den Sieg über die Linke davon. In Wahrheit aber unterscheidet sich ihr politischer Kurs kaum von jenem, den die Labour Party einschlagen könnte. So sozial und pazifistisch sind auch die Leute von der Rechten. Sie haben eben, wie kaum eine andere Regierung, einen bewunderungswürdigen Kontakt mit der öffentlichen Meinung. Das sah man bei den Jubiläumsfeierlichkeiten des frühern Königs und vielleicht noch mehr bei seinem Hinscheiden. Auf Georg V. ist nun Eduard VIII. gefolgt, als Herrscher vielleicht noch populärer als sein Vater.

Um wieder auf die britische Außenpolitik zu kommen: die Regierung hat vor dem Parlament eingestanden, daß die Völkerbundspolitik versagt habe. Sie beantragt selbst in Genf die Aufhebung der Sanktionen gegen Italien. Denn man braucht Rom für die Sicherung Europas. Das Bewußtsein einer großen Gefahr erwachte, als am 7. März dieses Jahres das

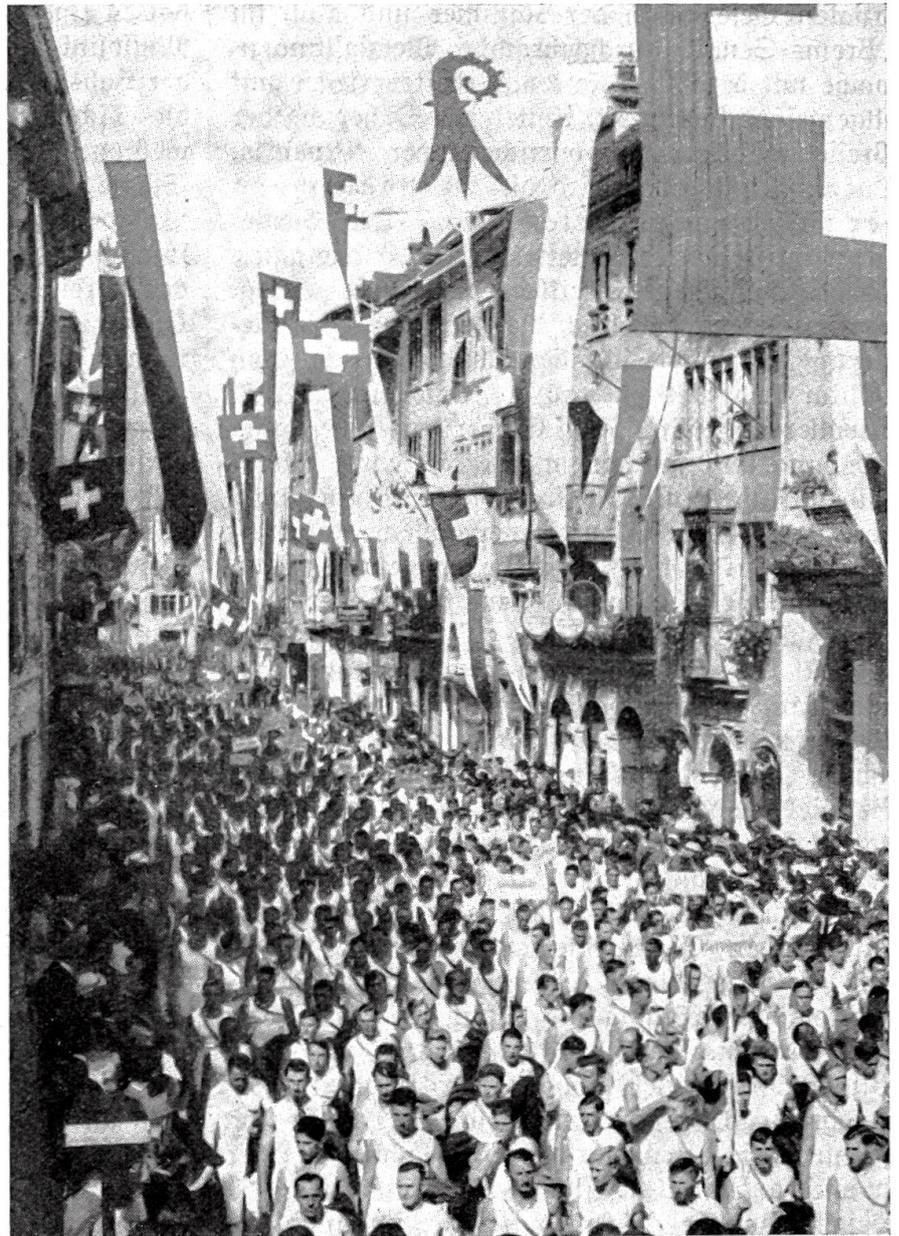
Deutsche Reich erklärte, das entmilitarisierte Rheinland wieder besetzen zu wollen, und am gleichen Tage Truppen über die Zonengrenze marschieren ließ. Die diktatorische Regierung in Berlin gab als Grund für die einseitige Aufhebung dieses im Versaillervertrag und nachher im Locarnovertrag festgelegten Zustandes an, auch Frankreich habe den Locarnovertrag gebrochen, indem es mit den Russen paktiere. Die Garantiemächte von „Locarno“, außer Frankreich und Deutschland also England, Italien und Belgien, behandelten die Rheinlandaffäre in einer Art und Weise, die zeigte, daß Deutschland nichts zu fürchten habe. Die Engländer bremsten, die Italiener blieben höhnisch und höflich beiseite, und die Franzosen willigten zuletzt in neue Verhandlungen ein, nachdem sie von den Engländern eine Art Hilfsversicherung erhielten. Ein Vierteljahr nach dem Einmarsch der deutschen Truppen jedoch fanden sich die Generalstäbe der Westmächte immer noch nicht zusammen, und das hat seine Gründe. England will nicht nur die Ita-

liener wieder ins Konzert einbeziehen, es möchte auch die Deutschen mit den Franzosen zusammenbringen.

Nach dem Einmarsch ins Rheinland erfolgte ein großes Friedensangebot Hitlers, das einen 25jährigen Pakt zwischen dem Reiche und den Westmächten vorschlug und auch die östlichen Nachbarn, nicht aber die Russen, in ein allgemeines Sicherheitssystem einschließen wollte. Die britische Regierung hat Hitler beim Wort genommen und in einem langen Fragebogen Antwort auf verschiedene Punkte verlangt. Die Regierung in Berlin läßt sich mit dem Antworten Zeit, und dieses Warten macht die Engländer immer misstrauischer und für die Versöhnung mit den Italienern immer geneigter. Dadurch fällt der eine Punkt, der England und

Frankreich entzweit, hinweg. Die andern Punkte wiegen nicht so schwer, und seit Ende Juni scheint ein Zusammengehen beider Westmächte in den Fragen der Friedensorganisation gesichert zu sein. Die französische Außenpolitik dreht sich unwandelbar um das Verhältnis zu Deutschland, aber sie nimmt verschiedene Formen an, je nachdem die innenpolitische Lage sich entwickelt. Vor einem Jahre saß das Kabinett Laval noch fest im Sattel. Es hatte das Parlament in die Ferien geschickt und regierte mit Hilfe von

Notverordnungen, die vor allem die Löhne der staatlichen Angestellten und Arbeiter kürzten und die Ursache blutiger Unruhen in verschiedenen Teilen des Landes wurden, so in Brest und Toulon. Am 14. Juli 1935 demonstrierte erstmals die sogenannte „Volksfront“, eine Vereinigung der radikalen, sozialistischen und kommunistischen Richtungen, und der Schwur, den die Menge damals vor der



Turnerzug am eidgenössischen Turnfest in Winterthur 1936.

Photopreß, Zürich.

Bastille leistete, kündete eine neue Bewegung an, die Freiheit, Frieden und Brot verlangte, in der Praxis aber dem Abbaufiskus Lavals und den Notverordnungen Kampf bis aufs Messer ansagte.

In den Wahlen siegte diese Volksfront, und nach Sarraut, der Laval abgelöst, amtet nun das 101. Kabinett, das des Sozialistenführers Léon Blum, das in kurzer Frist eine Reihe von

sozialen Gesetzen in der Kammer und auch im „Brems-Senat“ durchgebracht. Vierzigstundenswoche mit bezahlten Ferien, Arbeitsverträge mit allgemeiner Gültigkeit, Ämter zur Sicherung der Preise wichtiger landwirtschaftlicher Produkte. Das wichtigste aber wird die Verstaatlichung der Rüstungsindustrien sein. Der Regierungsantritt wurde begleitet von einer das ganze Land erfassenden Streikbewegung; die Belegschaften besetzten vielfach die Fabriken. Die Regierung verzichtete auf den üblichen Einsatz von Militär und Polizei, und die Bewegung verlief in voller Disziplin. Nach Eroberung einer Lohn-erhöhung von fast einem Viertel kehrte allenthalben Ruhe ein. Die französische Binnenwirtschaft spürt heute schon die gewachsene Kaufkraft der Massen... der Export aber gewisse Hemmungen infolge Produktionsverteuerungen. Bis zum Juli hat Blum auf jeden Fall Glück gehabt.

Die Außenpolitik Léon Blums drängt vor allem auf ein europäisches Rüstungsabkommen. Wenn es ihm gelingt, in Frankreich die Kanonenfabriken zu verstaatlichen und damit ein erstes Beispiel zu geben, wie man der „Waffeninternationalen“ beikommen könne, gewinnt er ungeheuren moralischen Kredit.

Es dürfte das erste Mal sein, daß in einem europäischen Staate die kommunistische Partei und der Generalstab völlig einig sind in der Forderung nach Aufrüstung und Schutz des Landes mit allen Mitteln. Das ist in Frankreich so, und Léon Blum wird Hitler und den Engländern vorschlagen, abzurüsten, während das Land sich ebenso eifrig bewaffnet wie alle Nachbarn. Aber er wird auf die französischen Waffenfabriken hinweisen können: „Seht, wir sind imstande, sie stillzulegen, wenn wir wollen... und wir wollen, wenn ihr ebenso wollt!“

Aber die Linksregierung vergißt die Realitäten nicht, und dazu gehört vor allem die Wiedergewinnung des Vertrauens aller frühern Verbündeten Frankreichs im Nahen Osten. Die Kleine Entente, vor allem **Jugoslawien**, hat bei den Sanktionen gegen Italien mitgemacht und darunter wirtschaftlich gelitten; es fühlte sich von dem lauen Frankreich irgendwie verraten und ist dem wirtschaftlichen und politischen Werben Deutschlands nicht unzugänglich geblieben; auch

hat es eine Zeitlang fürchten müssen, Laval und Mussolini seien beide für die Wiedereinsetzung der Habsburger in Österreich gewonnen, und auch die **Tschechoslowakei** werde sich dagegen nicht wehren. In diesem von Feinden umschlossenen Staate, der seinen abtretenden hochgefeierten Präsidenten Masaryk durch Beneš ersetzt hat, spürt man die Notwendigkeit, sich auf ein Bündnis der vereinigten Westmächte und Italiens, das Österreich wirksam beschützen würde, stützen zu können, und darum ist man nicht mehr auf jeden Fall gegen die Wiederkehr einer österreichischen Monarchie, sofern der kommende Kaiser Otto versprechen würde, die Neustaaten nicht anzutasten. Aber **Rumänien**, das auch die Wiederkehr der Habsburger in Ungarn fürchtet, denkt gleich wie Jugoslawien. In einer Zusammenkunft der Staatslenker der Kleinen Entente zu Bukarest wurde die Versicherung erneuert, daß die Habsburgerrestauration den Krieg bedeute. Bei dieser Zusammenkunft offenbarte ein leichtsinnig verschuldeter Tribüneneinsturz, der Hunderte von Toten kostete, die furchtbare Korruption in Rumänien und die große Gefahr dieser Korruption, bietet sie doch der faschistischen Agitation große Angriffsflächen.

Die italienischen Parteigänger **Ungarn** und **Österreich** haben sofort nach dem Siege Badoglio in Abessinien die Römerverträge mit Italien erweitert. Seither hat sich der österreichische Kanzler Schuschnigg seines Vizekanzlers Starhemberg entledigt und geht zur Beseitigung der Heimwehr und zur Errichtung einer rein katholisch und habsburgisch orientierten Herrschaft seiner „Vaterländischen Front“ über, die hofft, mit Italiens und Frankreichs Hilfe der Parteigänger Hitlers vollkommen Herr zu werden.

In **Rußland**, dem wichtigsten Verbündeten Frankreichs, bereitet sich eine folgenreiche Wandlung vor. Die diktatorische Regierung Stalins hat den Entwurf einer Verfassung veröffentlicht, die allenthalben öffentlich diskutiert wird und verrät, daß mehrere führende Bolschewiki früher in der Schweiz lebten. Sie gleicht äußerlich beinahe einer Kopie unserer Bundesverfassung. Sieht sie doch eine Volksvertretung vor (eine Art „Nationalrat“) und einen „Nationalitätenrat“ der verschiedenen Einzelstaaten (also einen „Stände-

rat“) und einen Rat der Volkskommissäre, der von der vereinigten Versammlung beider Räte, also gleich wie der Bundesrat von unserer „Vereinigten Bundesversammlung“ gewählt wird und ihr verantwortlich sein soll. Hoffentlich bleibt dies nicht auf dem Papier, und hoffentlich finden wirklich, wie versprochen, geheime und allgemeine Volkswahlen zur Bestellung dieser Körperschaften statt. Was dagegen neu ist: das Eigentum an den Produktionsmitteln, also Grund und Boden mit Fabriken, wird teils staatlich, teils genossenschaftlich sein, und bei den Bauern wird damit ein Kleinbesitz verbunden, der die Selbstversorgung der Familien sichert.

Rußland bemüht sich, bündnisfähig für die Demokratien des Westens zu werden. Es will ganz offenbar nicht mit den faschistischen Diktaturstaaten verwechselt werden. In gleichem Sinne plant es eine neue Ehegesetzgebung, die die vor allem von der Kirche verdamnte Abtreibung verbietet, es proklamiert auch Freiheit jeder religiösen Überzeugung und versucht damit eine Annäherung an die Kirche, um damit beim Vatikan mehr in Gnaden zu stehen als die deutschen Nationalsozialisten.

Viele Leute mißtrauen den russischen Machthabern und glauben, die Wendung freiheitwärts sei einzig aus Furcht vor den feindlichen Nachbarn im Westen und Osten diktiert, vor **Polen**, das neuerdings unter Kosciakowski das Regiment der „Obersten“ stabilisiert und über Ungarn mit Italien Fühlung sucht und zugleich immer noch Freund Deutschlands geblieben, Deutschlands, dessen Führer Hitler die Sowjets beharrlich von einem allgemeinen Friedenssystem ausnimmt, und Japans im fernen Osten. Die mißtrauischen Gegner der Sowjets in aller Welt sagen: Stalin sucht außer Frankreich auch England und Amerika zu gewinnen, darum tut er heute freiheitlich. Übers Jahr werden wir wissen, wie ernst es Stalin mit der Verfassung gewesen.

Zur russischen Außenpolitik gehört auch die Ermunterung der **Türkei**, von den übrigen Mächten die Erlaubnis zur Wiederbefestigung der Dardanellen zu verlangen. In Montreux ist ein neues Abkommen zustande gekommen; die Türken dürfen die Meerengen wieder versperren. Solange sie Rußlands Freunde bleiben,

sind sie also seine besten Wächter gegen einen Angriff vom Schwarzen Meere her.

Im weitem Europa verzeichnen wir die Umwandlung **Griechenlands** in eine Monarchie; Georg ist auf den Thron zurückgekehrt, der Republikaner Venizelos ist gestorben. In **Spanien** löste, wie in Frankreich, nach siegreichen Wahlen eine „Volksfrontregierung“ die Koalition der Parteien von Gil Robles und Lerroux ab. Schon im Juli 1935 zeigte es sich, daß eine neue Wendung kommen werde; die Bergarbeiter in den Orten um Oviedo wagten wieder den ersten Proteststreik. Während des Herbstes und Vorwinters lösten sich die Kabinette Lerroux-Gil Robles, Chapaprieta und Balladares ab; die katholische Volksaktion und die Radikalen, die als Regierungsmehrheit hinter ihnen standen, wagten weder scharfe Reaktion noch liberale Maßnahmen; als dann in Madrid der linksradikale Politiker Azana vor einer nie gesehenen Riesenversammlung ein Reformprogramm entwickelte, spürte man schon den Ausgang der kommenden Corteswahlen. In der Tat holten die gleichen Parteien, die wie in Frankreich die „Volksfront“ bilden, weit mehr als die Hälfte der Mandate, und die Regierung Balladares machte Azana Platz. Dieser fähigste unter den bürgerlichen Führern der Linken wurde nachher Präsident der Republik, an Stelle des abgesetzten Alcala Zamorra.

Die spanische Entwicklung vollzieht sich nicht so sanft wie die französische. Nicht nur, daß das Volkstemperament heißer als das gallische brennt, die sozialen Gegensätze klaffen viel weiter auseinander. Vor allem leiden die armen Schichten des Volkes unter schwer vernachlässigter Bildung, wozu die Landlosigkeit der bäuerlichen Mehrheit kommt. Die Linksregierung will die Agrarfrage auf eine neue Weise lösen: der enteignete Großgrundbesitz soll womöglich in genossenschaftlichen Besitz übergeführt werden, damit die Pächtergewerkschaften gleich von Anfang an neuzeitliche Maschinen zur Bodenbearbeitung einsetzen können. Man denkt an eine „industrielle Landwirtschaft“ wie in Rußland und Nordamerika.

In **Belgien** hat van Zeeland nach den Neuwahlen sein zweites Kabinett gebildet. Es stützt sich auf die Katholiken und Sozialisten und er-

strebt einen wirtschaftlichen und sozialen Aufbaufortschritt wie in Frankreich und Spanien. Eine neue faschistische Partei, die der „Reisten“, hat in die katholischen Reihen große Lücken gerissen. Um ihr entgegenzutreten, planen Sozialisten, Liberale und Kommunisten auch in diesem Lande die Aufrichtung einer Volksfront.

In **Schweden** ist das sozialistische Kabinett Hansson einem Bauernministerium Pehrsson gewichen; die zwei verbündeten Parteien haben sich getrennt, weil zwar beide für die Aufrüstung waren, die Arbeiterpartei aber neue Sozialausgaben an die militärischen Koppeln wollte. Im Herbst sind Neuwahlen, und die Sozialisten hoffen auf die Mehrheit im Lande. **Norwegen** fährt unter dem Kurs Nygaardsvold gut. **Dänemark** wurde von einer landwirtschaftlichen Gruppe, die gewaltsam eine neue Kronenabwertung erzwingen wollte, beunruhigt. Die **Niederlande** leiden unter der andauernden Wirtschaftskrise und zeigen ein Anwachsen der faschistischen Strömungen.

Von den **Bereinigten Staaten** Nordamerikas darf man beinahe sagen, was man von rechten Leuten sagt: man spricht wenig von ihnen. Es zeigt sich, daß Roosevelts Experiment der Wirtschaft aufgeholfen hat; die Geschäfte blühen allenthalben. Freilich ging die Zahl der Arbeitslosen nicht unter 8 Millionen hinab. Allein das kommt daher, daß Betriebe, die ihre Belegschaft erhöhten, dank neuer Rationalisierung das Fünffache produzieren. Die Einsicht kommt, daß man der Verdrängung des Menschen durch die Maschine nur mit einer radikalen Arbeitszeitverkürzung begegnen kann. Schließlich arbeitet das gewaltig verbesserte Werkzeug ja doch für den Menschen, der die Produkte verbrauchen muß, und er kann sie nicht verbrauchen, wenn man ihm nicht Gelegenheit zum Mitschaffen und Verdienen gibt. Die Demokraten unter Führung Roosevelts streben denn auch einem Kurs zu, der die Arbeitslosen großzügig finanziert, sei es, daß sie Notstandsarbeiten im Staatsauftrag verrichten, sei es, daß sie ganz einfach unterstützt werden.

Der Kampf um die neuen Präsidentschaftswahlen hat soeben begonnen. Die Republikaner, welche gern die Wirtschaft wieder von staatlichen Eingriffen befreien möchten, haben

in Cleveland ihren Kandidaten, Mister Landon, aufgestellt. Die Demokraten antworteten auf dem Parteitag von Philadelphia mit der Nominierung Roosevelts. „Wir wollen nicht zu den schrecklichen antisozialen Ansichten der früheren Zeit zurückkehren“, sagte der Gouverneur des Staates New York, Lehmann. Der demokratischen Propaganda dient der lang hingeschleppte Prozeß gegen den Finanzkönig Morgan, dem man vorwirft, mit seinen finanziellen Machenschaften die Union in den Weltkrieg hineinmanöviert zu haben.

In **Mexiko** dauern die Aufstände der clerikalen Elemente gegen die halbsozialistische Regierung Cardenas weiter, und die Linke selbst zuckt in Parteiungen. Cardenas hat den „Vater der Revolution“, Calles, nach Nordamerika in die Verbannung abgeschoben. Ihm und seinen Anhängern wird das fürchterliche Attentat auf den Zug Vera Cruz-Mexiko, das 70 Tote kostete, zugeschrieben.

In den **südamerikanischen Staaten** zuckt die soziale Entwicklung manchmal in kleinen Umstürzen, wie schon seit Jahrzehnten, so in Ecuador. Paraguay hat nach seinem Siege über Bolivien die Revolution erlebt. Brasilien wurde einer Bewegung im Süden des Landes Herr. Bei dieser Gelegenheit löste Uruguay seine diplomatischen Beziehungen zu Sowjetrußland und warf den Moskauern vor, allenthalben in Südamerika die Revolutionen zu finanzieren. Die Debatte, die darüber in Genf, beim Völkerbund, anhub, endete mit dem bekannten Spiel, daß die russische Regierung leugnete, etwas mit der Dritten Internationale zu tun zu haben.

Die Verhältnisse im Fernen Osten stehen immer noch unter dem marsischen Gestirn. **Japan** macht eine Entwicklung durch, die zwangsweise zur Kriegsexplosion führen muß. Die Gesellschaft des „Schwarzen Drachen“ möchte das Volk zur willenlosen Gefolgschaft eines Kriegskaisers machen; der Staat, der auf dem Wege zur Modernisierung kapitalistisch, liberal und sogar schwach sozial geworden, scheint ihnen in der heutigen Form verdorben; er soll heilig sein; die Studentenschaft und die jungen Offiziere tragen die Symbole des Shintoismus, der eine Art Staats- und Kaiservergottung predigt, in alle Schulen und

öffentlichen Lokale. Der faschistischen Bewegung verdankt das Land einen bösen Aufstand. Dreitausend Soldaten besetzten die Ministerien und ermordeten eine Reihe von Personen, darunter den greisen Finanzminister Takahashi, und erzwangen die Ersetzung des Kabinetts Oka-do durch ein neues, in welchem die Militärs den Ausschlag geben. Zwar haben 18 Offiziere, die Rädelsführer, in ihren Kasernen auf Befehl Selbstmord verübt, aber ihre Absicht haben sie doch halb und halb erreicht: von neuem wurden die Kriegsausgaben erhöht. Das Budget ist furchtbar überlastet, die arme Bevölkerung der bäuerlichen Provinzen wird von Schulden förmlich ausgezehrt und verkauft systematisch ihre Töchter an die Teehäuser, nur um nicht das letzte Pferd verkaufen zu müssen. Die jungen Offiziere, die vielfach aus solchen Gegenden stammen, saugen aus dem Elend neuen Fanatismus und neuen Willen, durch einen Krieg dem Reiche weitem Lebensraum zu erobern.

Die Ziele der Militärherrschaft sind klar. Es geht um die Oberherrschaft in Asien. Der wichtigste Gegner ist Rußland. In der Mandchurei wurde die Basis für den Aufmarsch gegen Sibirien gelegt und soll westlich verbreitert werden. Während des vergangenen Jahres schürte man künstlich die Grenzstreitigkeiten mit der Außern Mongolei, die nun ein offenes Schutzbündnis, unter Vorbehalt der chinesischen Oberherrschaft, mit Rußland abgeschlossen. Die ostturkestanische Provinz Chinas, Sin-Kiang, hat einen Stab russischer Wirtschafts- und Militärberater bei sich



Absturz eines deutschen Militärflugzeuges in Drvin (Berner Jura).

Phot. S. Steiner, Bern.

aufgenommen. Die russische Verteidigungslinie geht heute östlich der Wüste Gobi durch. Unter japanischer Kontrolle steht die Innere Mongolei, wo der Fürst Tsching ein Militärregime aufgerichtet und zur Verfügung Japans hält.

Die Durchdringung des eigentlichen China durch Japan dagegen scheint seine Haken zu haben. Die Nordprovinzen mit dem Zentrum Peking sind zwar militärisch besetzt, und eine großartige Schmuggelorganisation überschwemmt von hier aus China mit Japanwaren, um die Finanz-

quelle der Regierung von Nanking, die Quelle der Zölle, zu verschütten. Nanking hat mit einer Herabsetzung der Währung geantwortet, um das japanische Dumping zu parieren. Japan hofft wiederum, zwischen Kanton und Nanking einen Bürgerkrieg zu entfesseln und das alte Riesenreich völlig lahm zu legen, damit es endlich den Norden fest in seine Hand bekomme. Mitte Sommer 1936 sind die Dinge ziemlich undurchsichtig geworden.

Wie groß ist die Welt, und wie klein ist unsere **Eidgenossenschaft**, und wie können wir froh sein, daß die Geschehnisse uns nicht in amerikanischen, russischen oder chinesischen Maßstäben heimsuchen! Wir haben etwa über den zu reichlichen Wein zu klagen und können, wenn der „Bundeswein“ ausgeschenkt wird, über den „Schweizer Weißwein“ unsere Witze machen. Oder es lächert uns, wenn es einen „Grellinger Milchkrieg“ gibt, d. h. wenn die Polizei einen Landwirt zwingen muß, die von oben eingefetzte Milchordnung einzuhalten. Daneben haben wir ja nun auch unsere wirklichen Sorgen. Außenpolitisch plagt uns vorderhand wenig. Wir verzeichnen die Adula-Affäre, die Verhaftung des Journalisten Colombi und seiner Sekretärin Therese Bontempi, die aber mangels vorhandener Gesetze wieder freigelassen werden mußten. Ferner den „Wesemann-Handel“; der deutsche Journalist Wesemann wurde wegen Entführung seines parteigegnerischen Kollegen Jacob auf deutsches Gebiet in Basel zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Den Entführten mußte uns Deutschland, da die Akten klarlagen, ausliefern. Der am schwersten wiegende Fall war die Ermordung des nationalsozialistischen Landesführers Gustloff durch den jüdischen Studenten Frankfurter in Davos. Wir hatten alle Mühe, uns gegen die deutsche Zeitungspolemik zu wehren; der Bundesrat blieb indessen fest und verwahrte sich gegen die Darstellung, als bestehe zwischen dem Mord und unserer Pressefreiheit ein Zusammenhang.

Ewige Sorgen bereitet uns der handelspolitische Verkehr mit Deutschland. Das Reiseabkommen ist neuerdings gekündigt worden, und zwar vom Reiche. Es paßt den Leuten draußen schlecht, daß wir einen Teil der Kapitalien und Zinsen, die wir zugut haben, auf dem Ver-

rechnungswege wieder hereinbekommen wollen. Ein neues schweizerisch-deutsches Wirtschaftsabkommen wurde anfangs Juli unterzeichnet.

Die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Rußland wurde erst in jüngster Zeit vom Bundesrat nochmals abgelehnt. Im Bundeshaus verweist man darauf, daß die Möglichkeit, mit den Sowjets Handel zu treiben, gar nicht von der Anerkennung ihres Staates abhängt. Die Industriekreise freilich, die auf Absatz hofften, wünschten gerade staatlich garantierte Kredite, um Erhebliches ausrichten zu können.

Wirtschaftlich haben wir nach Ablehnung der Kriseninitiative den Weg des Abbaus angetreten und spüren die Folgen in einer allgemeinen Geschäftsflauheit und Arbeitslosenziffern, die sich gegen den Winter zu noch verschlimmern werden. Eingeleitet wurde die Bewegung durch das sogenannte „Finanzprogramm II“, das erhebliche Lohnkürzungen für die Bundesangestellten und Streichungen im Posten „Subventionen“ als wichtigste Einsparungen brachte. Der im letzten Herbst neu bestellte Nationalrat folgte in seiner Mehrheit den bundesrätlichen Erwägungen, wonach ein ausgeglichenes Budget die Grundlage jeder wirtschaftlichen Gesundung sei. Auch die neue Gruppe der 7 Unabhängigen unter dem Migros- und Hopla-Mann Duttweiler stimmte zu.

Eine neue, gewaltige Ausgabe erfordert unsere Wehrbereitschaft, der auch die Sozialisten mehrheitlich zustimmen: eine Viertelmilliarde.

Was wiegt ein Blinddarm?

„Meine Tochter hat nach ihrer Blinddarmoperation dreißig Pfund abgenommen!“

„Habe ja nicht gewußt, daß det Ding so viel wiegt!“

Der Wecker.

„Sie kommen mal wieder zu spät, Schmidt!“
„Verzeihung, Herr Direktor, aber meine Frau hat mir heute nacht einen Jungen geschenkt.“

„Sie hätte Ihnen besser einen Wecker schenken sollen.“

„Na, das kommt ja doch schließlich auf dasselbe heraus, Herr Direktor.“